Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel" mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus und Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 ℳ, einschl. Zustellung durch die Postanstalt, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 ℳ monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptverwd. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3460–3465, für den Fernverkehr 4207–4209.) Telegramm-Adresse: „Berlitbla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 824. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 ℳ. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Bülowstraße 66; Hohenzollernstraße 94; Wiener Straße 1/2; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 30; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/3; Reinickstr. Berliner Str. 41; Hermannstr. 83/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kiellinie 7; Weißensee: Streustr. 139; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H. p.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 498
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Mittwoch, 21. Oktober 1925

Die Rheinlandvertreter beim Kanzler.

Der gestrige Empfang.

Besprechungen über die „Rückwirkungen" des Locarnoer Vertrages.

Gestern nachmittag um 4 Uhr empfingen der Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann als Vertreter des Rheinlandes 30 Delegierte der politischen Parteien sowie der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Erschienen waren u. a. die Oberbürgermeister Adenauer und Jarres. Nach einer Begrüßung durch Dr. Luther **berichtete Reichsaußenminister Stresemann ausführlich über das Ergebnis der Arbeiten in Locarno.** Ministerialdirektor Gaus gab eine eingehende juristische Interpretation der abgeschlossenen Verträge. Der Kanzler und der Außenminister gingen dann besonders auf die Zusagen der französischen und der englischen Delegationen hinsichtlich der in Aussicht genommenen praktischen Rückwirkungen des Vertrages von Locarno auf das Rheinlandregime ein. Dr. Stresemann betonte hierbei besonders, daß seitens der deutschen Delegation die Räumung der nördlichen Rheinzone, die schon am 15. Januar hätte erfolgen müssen, nicht als ein Entgegenkommen der Gegenseite zu betrachten sei. Immerhin habe die Konferenz dazu geführt, **daß die Alliierten ihren Räumungsverpflichtungen bis etwa Mitte November nachkommen dürften.** Lebhaft erörtert wurde dann vor allem die Frage einer **Neuregelung des Besatzungsregimes** im besetzt bleibenden Gebiete. Hier konnten die deutschen Delegationsführer besonders auf die ihnen gegebene Zusage hinweisen, daß die Zahl der Besatzungstruppen herabgesetzt werden soll auf die frühere Friedensstärke der deutschen Garnisonen. Die Vertreter des Rheinlandes, die sich unter der Voraussetzung einer tatsächlichen Durchführung der zugesagten Rückwirkung anerkennend und zustimmend zu dem Ergebnis von Locarno äußerten, **stellten verschiedene Rückfragen** an den Reichskanzler und Außenminister Dr. Stresemann. An den Beratungen nahm auch der deutsche Botschafter in Paris, Dr. v. Hoesch, teil.

*

Halbamtlich wird dazu noch berichtet: „Auf Einladung der Reichsregierung fanden sich gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine größere Anzahl Vertreter der besetzten Gebiete ein. Außer Reichs- und Landtagsabgeordneten waren Vertreter der Staats- und Kommunalverwaltungen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften erschienen. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen gaben eine Darlegung der Vertragsentwürfe von Locarno, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rückwirkung auf die Rheinlandfragen. Hieran schloß sich ein längerer, eingehender Gedankenaustausch über die Sorgen und Forderungen der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Von Seiten der Vertreter des besetzten Gebietes wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß das Rheinland keinerlei Vorteile auf Kosten allgemeiner deutscher Interessen anstrebe. **Das Rheinland erhebe jedoch mit Nachdruck die Forderung, daß alsbald Maßnahmen der Besatzungsmächte in allen Zonen in Erscheinung treten, die in Locarno feierlich abgegebenen Erklärungen der Außenminister von Frankreich, England und Belgien folgerichtig in die Tat umsetzen.**"

Räumung Kölns zu Weihnachten?

Deutsch onds Eintritt in den Völkerbund. — Kaum vor Januar.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

△ **London**, 20. Oktober.

Der diplomatische Korrespondent des „Star" erfährt, daß die 5000 Mann starke **englische Besatzung Köln bereits Weihnachten, bestimmt aber zu Beginn des neuen Jahres verlassen würde.** Die Truppen würden größtenteils nach England zurückbefördert werden, nur einige Kompagnien würden weiter im besetzten Gebiet bleiben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde wohl auch um die Jahreswende erfolgen. Es sei aber auch durchaus möglich, daß sowohl die Ratifizierung des Paktes wie auch die Räumung Kölns und der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund gerade zu Weihnachten vor sich gehen könnte. Wenn dieses geschehen sei, könne man sodann das nächste Ziel, die Entwaffnungskonferenz, in Angriff nehmen.

Genf, 20. Oktober.

In Völkerbundskreisen werden die Ergebnisse der Locarnoer Konferenz zumeist mit Befriedigung verzeichnet. Gestützt auf die Geschäftsordnung der Völkerbundsversammlung, ist man der Meinung, daß vor Januar kaum eine Versammlung für die Aufnahme Deutschlands stattfinden könnte. Inzwischen wird allgemein der Ratifizierung der Locarnoer Verträge mit Spannung entgegengesehen.

Chamberlains Heimkehr.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 20. Oktober.

Schon lange, bevor der Zug, der Austen Chamberlain heute von der Paktkonferenz in Locarno und seinem kurzen Pariser Aufenthalt wieder nach London zurückbrachte, in den Victoria-Bahnhof einfuhr, hatte sich im und vor dem Bahnhof trotz des regnerischen Wetters eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, um den Außenminister zu begrüßen. Trotz der schlechten Ueberfahrt verließ Chamberlain lachend seinen Wagen und wurde sogleich auf dem Bahnsteig von Lord Cromer, als Stellvertreter des Königs, Baldwin und allen hier in London anwesenden Kabinettsmitgliedern und dem diplomatischen Korps begrüßt. Viel bemerkt wurde die Anwesenheit des deutschen Botschafters Dr. Sthamer, der zusammen mit dem französischen, italienischen und belgischen Botschafter Chamberlain begrüßte. Allgemein wurde diese Begrüßung als ein gutes Symbol für den Beginn der Zusammenarbeit zur Herstellung des europäischen Friedens bezeichnet. Als Chamberlain sich zu seinem Auto begab, brach die Menge in Hochrufe aus.

Offiziöser englischer Kommentar zum Paktvertrag.

Die Doppelseitigkeit der Westgarantie. — Frankreichs Garantie für die Ostverträge.

(Telegramm.)

London, 20. Oktober. (W. T. B.)

Offiziös wird vom Foreign Office eine Erläuterung zu dem Vertragswerk von Locarno mitgeteilt, in der es u. a. heißt:

Das wichtigste charakteristische Merkmal des Werkes der Konferenz von Locarno ist der neue Sicherheitspakt, der die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und Deutschland und Frankreich garantiert. Obgleich dieser neue Vertrag von Locarno noch nicht unterzeichnet ist, steht seine Fassung doch endgültig fest. Sie kann nicht mehr geändert werden, und wenn die Mitglieder der Konferenz sich am 1. Dezember in London wieder versammeln, um die förmliche Unterzeichnung zu vollziehen, werden sie die Macht der wohlüberlegten Meinung ihrer Länder hinter sich haben. Artikel 1 enthält die von allen vertragschließenden Staaten übernommene Garantie der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Belgien sowie die Garantie der Aufrechterhaltung des Status quo, den diese Grenzen bezeichnen. Diese Bestimmung über die Stabilisierung der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Lage ist der Kardinalpunkt des Vertrages. Das übrige baut den Apparat auf, durch welchen sich die Garantie auswirkt.

Das allgemeine Ergebnis des Artikels 2 ist, daß Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits **die ausdrückliche Verpflichtung auf sich nehmen, nicht Krieg miteinander zu beginnen.** Nur da, wo eine einstimmige Entscheidung des Rates oder der Bundesversammlung vorliegt, die ein solches Vorgehen verlangt, darf jede Macht Maßnahmen ergreifen, die einem Kriege gegeneinander gleichkommen.

Artikel 4 ist der Artikel, der Großbritannien besonders angeht. Er enthält die Garantie, daß Großbritannien in seiner Eigenschaft als einer der vertragschließenden Teile Deutschland seinen Beistand gewähren wird, wenn es von Frankreich oder Belgien angegriffen wird, und Frankreich oder Belgien seinen Beistand gewähren wird, wenn eins von ihnen von Deutschland angegriffen wird. Wird behauptet, daß ein solcher Angriff stattgefunden hat, so ist das sofort dem Völkerbundsrat zu melden, und wenn der Rat der Ansicht ist, daß ein solcher Angriff stattgefunden hat, so hat die Garantie unverzüglich einzusetzen. Deutschland, Belgien und Frankreich sind ebenfalls an der Garantie beteiligt; daraus folgt, daß Frankreich, **falls es unter Verletzung seiner Vertragsverpflichtungen Deutschland angreifen sollte, sofort Großbritannien, Belgien und Italien gemeinsam mit Deutschland gegen sich haben würde;** und daß Deutschland, falls es Frankreich angreifen sollte, sofort Großbritannien, Italien und Belgien mit Frankreich gegen sich haben würde.

Die Garantieverträge, durch die Frankreich die Schiedsverträge zwischen Deutschland und Polen und Deutschland und der Tschechoslowakei garantiert, werden im Vertrage von Locarno nicht erwähnt, aber diese beiden Garantieverträge wurden in Locarno aufgestellt und treten gleichzeitig mit den Schiedsverträgen in Kraft. Der Form nach sind es Gegenseitigkeitsverträge. In beiden ist vorgesehen, daß, wenn Deutschland die Bestimmungen des Schiedsvertrages nicht beachtet und eine solche Verfehlung mit einem kriegerischen Angriff verbindet, die Parteien sich im Fall des Angriffs gegenseitig zu Hilfe kommen werden. Eine solche Handlungsweise Frankreichs gegenüber Deutschland würde entweder unter Artikel 16 oder unter Artikel 15, Absatz 7 der Völkerbundssatzung fallen und würde daher in voller Uebereinstimmung mit Artikel 2 des Vertrages von Locarno sein.

Der Kampf um Berlin.

Werke und Steuern.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. Paul Michaelis, Stadtverordnetem von Berlin.

Vergleicht man am Vorabend der Neuwahl zu der Berliner Stadtverordnetenversammlung noch einmal die heutigen Zustände in Berlin mit denen vor vier Jahren, dann wird man einen außerordentlichen Fortschritt feststellen können. Die öffentliche Ruhe und Ordnung, die im Jahre 1921 noch auf sehr schwankender Grundlage stand, kann heute als gesichert gelten. Die Straßen gewinnen allmählich wieder ein freundliches Aussehen, ihre Beleuchtung, wenn sie auch noch nicht den Friedensstand erreicht hat, genügt doch wieder einigermaßen bei bescheidenen Ansprüchen; die Verkehrseinrichtungen sind zwar noch längst nicht ideal, aber sie sind doch leistungsfähiger geworden, und an ihrem Ausbau wird, soweit irgend die Mittel der Gemeinde reichen, weiter gearbeitet. Die unaufhörlichen Erschütterungen der städtischen Werke durch Streiks und Demonstrationen, die für die gesamte Bevölkerung, und zumal für die Geschäftswelt, lästige Beunruhigungen und Störungen bedeuten und die gleichzeitig den Ruf Berlins im Inlande und Auslande beeinträchtigten, sind einer wohltuenden Stetigkeit gewichen. Man hat heute das beruhigende Gefühl, daß die schlimmsten Zeiten hinter uns liegen, und daß Berlin sich in einer gesunden Aufwärtsbewegung befindet. Wo ist die Los-von-Berlin-Bewegung geblieben, die vor vier Jahren noch dem Wahlkampf eine besondere Note aufdrückte? Keine Partei, auch die Deutschnationalen nicht, die lautesten Rufer im damaligen Streit, glaubt noch mit der Forderung einer Zerschlagung Groß-Berlins Geschäfte machen zu können. Im Gegenteil, man ist auf der Rechten heilfroh, wenn diese ihre ehemalige und sehr ernst gemeinte Feindschaft gegen Berlin mit dem wohltätigen Schleier des Vergessens bedeckt wird. Tatsachen sind eben hartnäckige Dinge; und es ist erfreulicherweise eine Tatsache, daß der Groß-Berliner Gedanke sich als lebensfähig erwiesen hat, und daß durch den Zusammenschluß Kräfte freigemacht und Entwicklungen angebahnt wurden, die unter der früheren Zersplitterung nicht möglich gewesen wären. Gewiß, Groß-Berlin, das in diesem Oktober erst sein fünftes Lebensjahr vollendet hat, ist noch längst nicht fertig. Es wächst und wird noch. Aber es ist doch im wesentlichen über die ersten Kinderkrankheiten hinaus.

Das gilt ganz besonders auch von den städtischen Monopolbetrieben, also den Werken für die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität, sowie von der Straßenbahn und den städtischen Teilen der Untergrundbahnen. Vor vier Jahren standen alle diese Unternehmungen am Rande des Abgrunds. Die Werke waren heruntergewirtschaftet, es fehlte an jeder Möglichkeit, sie wiederaufzubauen, sie arbeiteten teuer und unzuverlässig; die Nordsüdbahn lag noch immer, wie seit dem Beginn des Krieges, als ein Torso da, der von Tag zu Tag mehr verfiel und ein schweres Verkehrshindernis für die innere Stadt bedeutete. Auf allen diesen Gebieten ist ein glücklicher Wandel eingetreten. Die Werke sind wieder lebensfähig geworden, sie haben in großem Umfang Verbesserungen und Erneuerungen vorgenommen, die Straßenbahn ist nach dem Zusammenbruch im September 1923 neu aufgeblüht und arbeitet unermüdlich an der Vervollkommnung ihrer Anlagen; die Nordsüdbahn ist von der Seestraße bis zur Hasenheide fertiggestellt, und die Reststrecke durch die Hasenheide und Neukölln wird voraussichtlich in den ersten Monaten des kommenden Jahres gleichfalls in Betrieb genommen werden können. Auch die heute noch unfertigen Anlagen der ehemaligen A. E. G.-Schnellbahn sind wieder in Angriff genommen worden und werden hoffentlich gleichfalls in nicht allzulanger Zeit dem Berliner Verkehr wesentliche Förderung bringen. Wenn heute Berlin nicht mehr wie vor vier Jahren mittel- und kreditlos ist, sondern finanziell gekräftigt dasteht, wenn auch das finanzkräftige Ausland wieder Vertrauen zu Berlin gewonnen hat, so ist diese höchst erfreuliche Wendung in erster Reihe der Sanierung der städtischen Werke und werdenden Anlagen zu danken.

Heute, wo sich die Erfolge auf diesem umfassenden Gebiet des städtischen Wirkens nicht mehr wegleugnen lassen, hat sich die Haltung der Parteien, die um die Gunst der Wähler werben, in verblüffender Weise geändert. Wie einst um die Abkunft Homers sieben Städte stritten, so wollen sieben oder

Nächsten Sonntag

Stadtverordnetenwahlen

in Groß-Berlin!